

Hohenstein-Ernstthal-Grünthaler Tageblatt

Anzeiger



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grünthau, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortshäfen.

Druck und Verlag von S. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Rangenhursdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschnitz, St. Egidien, Wilsdorf, Grünthau, Mühlberg, Ursprung, Kirchberg, Eibach, Pleiße und Ruffdorf.

Nr. 274

Mittwoch, 24. November 1920

70. Jahrg.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. November.

Wir tragen zunächst den Schluss der Montagssitzung nach, in welcher über die Kapitulation und die Vermögensschiebung in das Ausland verhandelt wurde.

Abg. Scheidemann (Soz.) führt aus, der Reichstag habe heute eine glänzende Gelegenheit verpasst, das Signal ins Volk hinaus zu lassen: Mensch, bezahle deine Steuern! Die Redner der Rechten hätten goldene Worte für die Redner der Linken nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen sollen. Sie griffen aber selber ein, denn im Landtage habe Lübeck angefragt, wie es mit dem Falle klarz. Die früheren Regierungen hätten alles getan, Kapitalsverschleudungen zu verhindern, leider sei den Volksbeauftragten der Unabhängige Eisner in den Rücken gefallen. (Sört, hört!)

Abg. Westarp (Deutschnat.): Die Sozialdemokraten brauchen Agitationsmaterial, weil ihnen draußen im Lande die Felle weggeschwommen sind. Hier sind sie mit den Hohenzollern heute noch glimpflich umgegangen, aber draußen wird nachlos gehetzt. Erstimmen und erlegen sind zum Beispiel alle Behauptungen des „Vorwärts“ über die Verbindung der Kronprinzlichen Familie mit dem Bankhause Crüser. Die Volksbeauftragten haben dem Kaiser sein ganzes Privatvermögen genommen, und jetzt schimpft man über diese durch die Revolution gemachten Mitglieder des kaiserlichen Hauses wegen angeblicher Kapitalsverschleudungen. Im Winter 1918/19, als der Kronprinz mit Ellos in Holland war (lebhafter Widerspruch links), hat er in Amsterdam bei dem Bankhause Crüser ein Darlehen vielleicht bis zu 5000 Gulden aufgenommen. Daher stammt sein Konto dort. Würde sich irgendeine deutsche Frau scheuen ihre Schmuckstücke der Lebensunterhalt ihres Mannes im Ausland zu benutzen? Das deutsche Volk wird wissen, wie es über die Kronprinzessin zu urteilen hat. (Zuruf links, Gurr, Glöde des Präsidenten.) Die Monarchie ist die für Deutschland gegebene Staatsform. (Zuruf des Abg. Scheidemann, großer Lärm, Glöde des Präsidenten.) Sie werden uns nicht die Treue zu den Hohenzollern aus dem Herzen reißen. (Großer Lärm.)

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh., links): Die Erklärung des Finanzministers habe seine Freude nicht in vollem Umfange befriedigt. An ihrem Unglück seien die Hohenzollern zum guten Teil schuld. Wenn der Kronprinz, der ja noch ein junger Mann sei und arbeiten könne, in Not oerae, werde seine Partei über Finanzbuchhaltung der Erwerbslosen-Unterstützung mit sich reden lassen.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Der Oberstaatsanwalt glaubt davon warnen zu müssen, in der Sache Sinner-Schmidt-Scholz Namen zu nennen, da die Schuldfrage noch in keiner Weise geklärt ist. (Sört! Sört!) In der Angelegenheit Spiro verlasse ich diesen Grundab, weil es hier meines Erachtens nach geklärt ist, einen der gefährlichsten Schieber zu fassen. Bei der kontrollamtlichen Abfertigung des nach Holland ausgeführten Mobiliars des Kaisers ist auch geprüft worden, ob eine Ausfuhrbewilligung vorlag. Es hat sich in keinem Falle belastendes Material ergeben. (Lebhafter Sört! Sört! rechts.)

Abg. Stresemann (Dtsche Vp.): Es muß Dr. Wirth erlaubt sein, unwahre Pressebehauptungen hier zurückzuweisen. Für die republikanisch-demokratische Auffassung muß es gleichgültig sein, welche einer Gesellschaftsklasse ein Ansehensmitglied angehört. Die Hohenzollern haben nach dem Frieden von Tilsit ihre Gold- und Silberfachen verkauft, um die Not des Volkes zu lindern. Unsere stiftliche Auffassung gebietet uns, gegen die Schuldigen vorzugehen. Damit schließt die Aussprache. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen verläßt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Anfragen, Interpellationen, keine Vorlagen.

Berlin, 23. November.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst eine Reihe von Anfragen.

Auf Anfrage des Abg. Freiherrn von Lersner (Dtsche Vp.), welche Schritte die Reichsregierung unternommen habe, um das schwere Verbrechen in Frankreich (Wagnon) zu verhindern, antwortete Reichsminister Stücker: Bereits am 10. Mai 1919 übermittelte die deutsche Friedensdelegation dem Präsidenten Clemenceau eine Note, in der sie die Freilassung Namensnennung anschlagen.

der noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen verlangte. Am 20. Mai antwortete Clemenceau abschlägig. Am 28. Mai 1919 sandte die deutsche Friedensdelegation nochmals eine ausführliche Gefangenennote, in der sie das Unmögliche der Annahme des betreffenden Artikels des Friedensvertrages betonte. Darauf erfolgte keine Antwort. Seitdem hat die deutsche Regierung durch Vermittlung der deutschen Friedensdelegation alles versucht, um durch schriftliche und mündliche Vorstellungen die Freigabe der Kriegsgefangenen zu erreichen. Frankreich wolle jedoch auf seine Rechte nicht verzichten. Am 8. Juni wurde eine offizielle Note überreicht, in der es hieß, die Angelegenheit sei den zuständigen französischen Stellen übergeben worden. Wenn heute die Frage doch noch keine befriedigende Lösung gefunden hat, so hat doch die deutsche Regierung durch ihre Friedensdelegation nichts unversucht gelassen, um diese Frage zur Einleitung zu bringen. Für das leidliche Wohl der in Wagnon befindlichen deutschen Kriegsgefangenen ist von deutscher Seite alles getan worden. Augenblicklich befinden sich noch einige 50 Kriegsgefangene in zwei Arbeitslagern. Gegen die deutschen Kriegsgefangenen sind unzweifelhaft schwere Mißhandlungen vorgenommen gegen die deutsche Regierung energisch protestiert hat. Die Ernährungsverhältnisse genügen nicht. Beleuchtung und Heizung sind unzulänglich. Bisher sind den Kriegsgefangenen in Wagnon 38 650 französische Franken von der deutschen Regierung zugewiesen worden. Auch von privater Seite gingen den Gefangenen Geldgaben und Bekleidungsgegenstände, Lebensmittel, Musikinstrumente reichlich zu. Die deutsche Regierung gibt mit dem deutschen Volke die Hoffnung nicht auf, daß die Frage endlich ihre befriedigende Lösung finden wird.

Anträge, betreffs Durchführung von Straf- und Privatklagenverfahren gegen die Abgeordneten Sinnermann (Zur., Wulle (Deutschnat.), Lübbrigg (Soz.) und Kemples (Dtsche Vp.), werden nach den Vorschlägen des Geschäftsausschusses abgelehnt.

Die Vorlage zur Abänderung des Besoldungsgesetzes sowie die Ausführendbestimmungen zum Besoldungsgesetz und der Gesekentwurf zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung wird dem Haushaltsausschuß, der Gesekentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreibe- und verdortener Ausfuhr lebenswichtiger Vorräte, sowie ein Antrag Dr. Gildemeister (Dtsche Vp.) über die Verschärfung der Verordnung über die Wuchergerichte dem Rechtsausschuß überlesen.

Ein Antrag Oberholz (Unabh., rechts), betreffend Aufhebung der von der bayerischen Regierung auf Grund Artikel 48 für Bayern getroffenen Maßnahmen soll am Freitag mit der Streikinterpellation behandelt werden. Morgen 1 Uhr Haushaltsberatung (Erfüllung des Friedensvertrages). Schluß 2 1/2 Uhr.

Devorstehende Festsetzung des Abstimmungstages in Oberschlesien!

Von unterrichteter Seite in Breslau erfahren wir, daß die aus Opatowitz vertriebene Meldung über eine bereits getroffene Festsetzung des Termins für die Abstimmung in Oberschlesien, welche auf Informationen aus der interalliierten Kommission nächstehenden Kreisen beruhen soll, sich nicht bestätigt. Der Abstimmungstermin werde erst im Laufe dieser Woche in Paris und nicht in Opatowitz festgesetzt und darauf sofort amtlich bekanntgegeben werden.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

Wie „Corriere della Sera“ meldet, wurde die deutsche Note gegen die vom Völkerbund vorgenommene Verteilung seiner Kolonien auf die nächste Tagesordnung des Völkerbundesrates gestellt. Eine Veränderung im Plenum wurde abgelehnt, weil Deutschland nicht zu den zugelassenen Staaten gehört.

Das verschärfte Wucherergesetz

Der Entwurf über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhändler und Wucherer wird vom Reichstage bereits in den nächsten Tagen verabschiedet werden und soll sofort in Kraft treten. Die Parteien werden den Entwurf ohne Ausnahme annehmen. Gewünscht wird, daß die Gerichte in Zukunft schonungslos vorgehen und ihre Urteile öffentlich mit voller Verantwortung veröffentlichen.

Neue Erhöhung der Postgebühren?

Aus Parlamentarischen Kreisen kommt die alarmierende Nachricht, daß der Reichstag schon in nächster Zeit vor die Entscheidung gestellt werden wird, ob der Fehlbetrag bei der Reichspost durch Steuern oder eine neuerliche Erhöhung der Gebühren gedeckt werden soll. Die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, der eine 100prozentige Erhöhung der Gebühren herbeiführt, ist bereits in Angriff genommen.

Man hätte der Öffentlichkeit nicht leicht eine stärkere Ueberraschung bereiten können. Wären die Tarifserhöhungen im Frühjahr und der den Fernpostbetreibern auferlegten Zwangsangehörigkeiten nicht nur die Fehlbeträge gedeckt, sondern den sonstigen Tarifserhöhungen ein Ziel gesetzt und gewisse Wünsche für den Fernpostverkehr durch entsprechende Vorleistungen erfüllt worden. Seitdem ist noch kein halbes Jahr verstrichen und schon stellt sich heraus, daß zur Deckung des Fehlbetrages der Reichspost neue beträchtliche Mittel erforderlich sind. Der kurzzeitige Fehlbetrag der Reichspost ist ein Zeichen, daß man im Verkehrsministerium an Erhebungen über eine Erhöhung der Bahn- und Posttarife herangeht. Es scheint da doch wohl Zeit zu sein, ernsthaft die Frage zu prüfen, ob Handel und Verkehr in der Lage sind, so starke Neubelastungen zu tragen. Daneben muß auch der Frage nähergetreten werden, ob die Erhöhung der durch das Publikum zu zahlenden Gebühren wirklich das einzige und überhaupt ein wirtschaftlich gesundes Mittel im Kampf gegen das Defizit ist.

Wir haben indessen wohl zuerst abzuwarten, ob die Gerüchte aus parlamentarischen Kreisen ihre Bestätigung finden.

Ueberfledung Kaiser Wilhelm nach Korfu?

Der „Matin“ bringt die Meldung, daß der deutsche Kaiser die Absicht habe, in aller Kürze Amerongen zu verlassen, um nach Korfu zu übersiedeln. Die Unzuverlässigkeiten seien bereits im Gange. Aus Korfu läßt sich daselbst meldet, daß man sich im Hinblick auf die Ankunft des Kaisers vorbereitet. Die Herrschaft der Zimmer des Schlosses sei bereits in Angriff genommen. Der „Matin“ sieht in diesen Anzeichen Absichten des Kaisers eine Folge der Niederlage Venzelos'.

Deforquierter Zustand der Kaiserin.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat sich das Befinden der vormaligen Kaiserin, das in den letzten Tagen zu den ernstlichen Besorgnissen Anlaß gegeben mußte, so gebessert, daß sie nach Wiedererlangung des Bewußtseins nach dem Kronprinzen verlagert, der hierauf zum Besuch der Mutter in Doorn eintraf. Einer weiteren noch unbestätigten Meldung zufolge soll Prinz Esler in Doorn einige toffen sein. Die Temperatur der Kaiserin soll gestern nachmittags 40 Grad betragen haben.

Die Vorgänge in der Tschechei.

Dienstag vormittag wurden in einer Nachbarn Stadt Bayerns an sämtliche Parlamente und Regierungen aller Kulturstaaten Telegramme in deutscher, englischer und französischer Sprache aufgegeben, in denen auf die Zustände in der Tschechei hingewiesen wurde. Ein besonders ausführliches Telegramm ist an den in Genf tagenden Völkerverbund abgibt worden.

Die Frage des Deutschen Landestheaters in Prag ist eine politische Frage ersten Ranges geworden. Wie wir hören, hat Präsident Masaryk den Antrag gegeben, das Deutsche Landestheater schweigend den Deutschen zurückzugeben. Ministerpräsident Cerny beauftragte den Prager Polizeipräsidenten, das entsprechende Rabinettchef aber, daß er beabsichtige, es könne bei der Räumung des Landestheaters zu einem blutigen Zusammenstoß kommen, und daß er die Verantwortung nicht tragen könne, lehnte er die Ausführung des Auftrages ab und trat von seiner Stellung zurück. Die Demission des Polizeipräsidenten wurde nicht angenommen. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen den Ministerialstellen und den beteiligten polnischen Parteien statt, in denen die Frage des Landestheaters vom Rechtsstandpunkt aus geprüft wird. Gestern wurden die Vorstellungen im neuen Deutschen Theater wieder aufgenommen. In der Provinz herrscht Ruhe bis auf einige Vorfälle in Böhmen-Weipa und

Warnsdorf an der sächsischen Grenze, in beiden Städten kam es zur Wiederaufrichtung der geschützten Kaiser Josef-Denkmal.

Das Abgeordnetenhaus ist Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Vorfälle der letzten Woche zur Verhandlung kommen werden.

Beabsichtigter Staatsstreich in Ungarn?

Wie aus Wien gemeldet wird, soll Ungarn am Vorabend ernster Ereignisse zu erwarten sein. Augenblicklich gibt es fünf militärische Formationen, die wirklich kriegerischen Wert besitzen, aber alle diese fünf Formationen haben verschiedene politische Richtungen. Die Haltung der Mehrheit des Parlamentes muß ebenfalls Berücksichtigung erregen, da es bald zur Entscheidung kommen wird. Der republikanische Gebanke hat unter den Abgeordneten immer mehr Boden gewonnen. Der Reichsverweser Hortik ist Monarchist und ebenso seien alle Militärformationen an republikanisch. In eingeweihten Kreisen wird jetzt von einem Staatsstreich gegen das Parlament gesprochen, das aufgelöst werden dürfte. Neuwahlen hätten dann auf Grund eines Wahlrechts zu erfolgen, das nicht mehr das allgemeine sein würde.

Was hieran Phantasie, was Wirklichkeit ist, wird sich wohl kaum ermitteln lassen.

Die Zustände in Irland.

In Dublin dauert der Straßenkampf fort. Die Docks- und Kohlenlager sind in Brand gefleht. Ein großes Schiff steht ebenfalls in Flammen. In den Hospitälern liegen hunderte von Verletzten. Bis er war es noch nicht möglich, die Zahl der Toten festzustellen.

Reuter berichtet: Die Verschwörung, der in Dublin zahlreiche Offiziere zum Opfer fielen, war schon seit einiger Zeit in Wert gefleht. Bei einem Hause kamen 40 Männer auf Fahrrädern an und ermordeten die unbewaffneten Offiziere. Die Behörden sind der Ansicht, daß zahlreiche Verschwörer aus den Landbezirken kamen unter dem Vorwande der Teilnahme an dem großen Fußballweltstreit, der gestern große Menschenmengen nach Dublin zog. In amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Beweggrund zu den Morden nicht der Wunsch war, Heeresoffiziere zu töten, sondern die Justizmagisterie in Irland zu beschaffen. Das geht daraus hervor, daß fast alle getöteten Offiziere Zivilisten mit dem Kragesgericht beziehungsweise der Rechtsprechung zu tun hatten, und aus der Tatsache, daß ihre Wohnungen von den Mordern nach Dokumenten durchsucht wurden. Eins der Hauptziele der Mörder war anscheinend, die Sinnfeiner-Extremisten vor der Verhaftung zu schützen. Einige Sinnfeiner waren schon verhaftet worden. Eine Anzahl weiterer Verhaftungen sind bevor. Die durch die Morde erbitterte Duinker Garnison wurde zur Vermeidung von Wiedervergeltungsmaßnahmen, gegen die von Seiten der Militärbehörden die schärfsten Anordnungen getroffen werden, in der vergangenen Nacht in den Kasernen zurückgehalten.

„Times“ melden, daß das Militär kurz vor Winternacht in Tätigkeit getreten sei, wobei Schüsse fielen und mehrere Personen getötet wurden. Der Verkehr auf der Straße nach 10 Uhr abends ist verboten. In Cork wurden zwei Polizisten entführt. Die Ermordung der britischen Offiziere hat in ganz England große Empörung hervorgerufen.

Aufbruch in Bologna.

Die oberitalienische Stadt Bologna war am Montag der Schauplatz erster Ausschreitungen. Die Neuwahlen zum Stadtrat hatten zum Siege der Sozialisten des extremen linken Flügels geführt, und am Montag sollte die erste Sitzung des neuen Stadtrates stattfinden. Schon tags zuvor hatten die Bürgerlichen bekannt gegeben, daß sie keine sozialistischen Rumbildungen dulden würden. Als dann nachmittags die Sozialisten auf Turm Asinelli eine große rote Fahne hielten, stürmten die Bürgerlichen den Turm, ersehten sie durch eine Nationalfahne und versuchten darnach, auch das von Sozialisten umlagerte Rathaus zu stürmen. Sie wurden aber von einer starken Polizei- und Militärmacht aufgehalten. Es entbrannte eine wilde Panik, die sich bis ins Rathaus fortsetzte, wo inzwischen von den sozialistischen Mehrheits- und den bürgerlichen Widerheitsvertretern verständliche Reden gehalten worden waren. Der neue Bürgermeister, Eisenbahnarbeiter Guidi, begab sich auf den Balkon zu einer Ansprache an die Menge, während vom Balkon ein Schwarm Briefkästen mit roten Fahnen losgelassen wurde. Die Bürger-